

Jubilarin wird mit neuer Fabrik beschenkt

HITZKIRCH Die Manometer AG feierte am Wochenende ihr 125-Jahr-Jubiläum. Das Unternehmen kommunizierte zudem den Bau einer neuen Fabrik. Geändert wird auch der Firmenname.

von Reto Bieri

Am Samstag feierte der Druckmessgeräte-Hersteller Manometer AG mit einem Tag der offenen Tür das 125-Jahr-Jubiläum. Neugierige konnten einen Blick in die Produktionshallen in Hitzkirch werfen, wurden musikalisch und gastronomisch versorgt oder konnten ein Tesla-Elektroauto Probe fahren. Bereits am Freitag fand für geladene Gäste eine kleine Jubiläumsfeier statt. Anwesend war auch Alexander Wiegand, Geschäftsführer und Inhaber des Wika-Konzerns, des international tätigen deutschen Mutterhauses der Manometer AG. Diese wurde 1892 in Zürich-Oerlikon gegründet. 1960 kaufte der Vater von Alexander Wiegand die Firma. Sie habe wirtschaftlich nicht besonders gut dagestanden, erzählte Wiegand. Das habe sich aber bald geändert, unter anderem dank des neuen Geschäftsführers Jürg Keller, der die Firma während vielen Jahren prägte. 1971 folgte der Umzug der Manometer AG von Zürich an den heutigen Standort in Hitzkirch. Mittlerweile ist das Unternehmen mit rund 270 Mitarbeitenden einer der grössten Arbeitgeber in der Region. Innerhalb des Wika-Konzerns ist sie die Spezialistin für Niederdruckmessgeräte und für Messwerke.

Die Manometer AG sei zur Zeit der industriellen Revolution gegründet worden, sagte Wiegand. «Diese Zeit war



Der Tag der offenen Tür lockte viel Publikum an. Fotos Thomi Studhalter



Alexander Wiegand (links) und Andreas Kolb bei einem Betriebsrundgang.

von Freihandel geprägt, und wie in der heutigen Zeit herrschte eine gewisse Aufbruchstimmung.» Im Gegensatz zu

damals gerate der Freihandel heute aber zunehmend in Gefahr. «Ich halte diese Entwicklung für bedenklich, wir

müssen uns dem entgegenstellen», so Alexander Wiegand weiter. Die Manometer AG in Hitzkirch trage wesentlich zum Erfolg der Wika-Gruppe bei und zeige eine stabile und positive Entwicklung auf, «trotz des in den letzten Jahren schwierigen Umfelds.»

Neuer Name und neue Fabrik

Just zum Jubiläum stehen für die Manometer AG in Hitzkirch zwei grössere Veränderungen an. Man werde die Firma umbenennen, verriet Alexander Wiegand, und zwar in Wika Schweiz AG. Dies geschehe nicht aus Respektlosigkeit vor der langen Geschichte der Manometer AG, sondern es sei ein überfälliger Schritt, unter anderem, weil der Name den Unternehmenszweck nicht mehr vollumfänglich wiedergebe. «Auch wenn wir die Produktion von Manometern natürlich auch künftig hegen und pflegen werden.»

Die zweite Veränderung bei der Manometer AG «sei deutlich teurer», sagte Wiegand. Grund: Das Unternehmen will in Hitzkirch eine neue Fabrik für die Fertigung von Kunststoffteilen bauen. Auf dem Grundstück gleich oberhalb des Fussballplatzes Hegler, das der Firma seit ein paar Jahren gehört, soll bis Mitte 2019 eine neue Produktionshalle in der Grösse eines Fussballplatzes entstehen. Wiegand bezifferte die Gesamtinvestitionen auf rund 20 Millionen Franken. In der neuen Fabrik sollen Kunststoffteile für die Wika-Gruppe gefertigt werden. Rund 20 bis 30 neue Arbeitsplätze sollen entstehen.

Konkurrenzfähige Arbeitsplätze

Andreas Kolb, Geschäftsführer der Manometer AG, zeigte sich davon überzeugt, dass seine Firma auch langfris-

tig in der Schweiz werde produzieren können, trotz der höheren Löhne. «Ein interner Vergleich innerhalb der Wika-Gruppe hat gezeigt, dass die Kosten pro Arbeitsstunde bei Schweizern und deutschen Arbeitern ungefähr gleich sind», führte Kolb aus. Erwähnenswert sei zudem, dass vor etwa zwei Jahren die chinesischen Wika-Arbeiter jene in Polen lohnmassig überholt haben. In der Schweiz habe man sehr gute Voraussetzungen: «das beste Bildungssystem, eine gute Infrastruktur und Arbeitsmoral sowie eine tiefe Korruption.» Mit der Wika haben man zudem eine «Mutter im Rücken, und nicht im Nacken».

Ein Heimspiel hatte anschliessend Damian Müller. In seinem Grusswort sagte der Hitzkircher Ständerat, das Engagement der Manometer AG im Seetal verdiene Anerkennung und Respekt. «Dass Hitzkirch ein Unternehmen mit Weltruf hat, das zudem viele Arbeitsplätze bietet, ist nicht selbstverständlich.» Auch den Bau der neuen Fabrik lobte Müller: «Sie schaffen Perspektiven für künftige Generationen.»

Neue Perspektiven werden übrigens auch am Wika-Hauptsitz im deutschen Klingenberg geschaffen, das in der Nähe von Frankfurt am Main liegt. Der Mutterkonzern investiert 40 Millionen Euro in ein neues Forschungs- und Entwicklungszentrum. Damit will man gemäss Alexander Wiegand den Bereich Innovation stärker gewichten. Der im Druck-, Temperatur- und Füllstandmessbereich weltweit führende Wika-Konzern ist in 43 Ländern präsent und beschäftigt rund 9300 Personen, die Hälfte davon in Europa. Im vergangenen Jahr betrug der Umsatz rund 900 Millionen Franken.

Ortsplanung ist rechtskräftig

HITZKIRCH Die mit Entscheid des Regierungsrates vom 4. Juli genehmigte Ortsplanung ist in Rechtskraft erwachsen, das heisst, niemand hat eine Verwaltungsgerichtsbeschwerde eingereicht. Dies teilte die Gemeinde Hitzkirch vergangene Woche mit. Das Erreichen dieses Meilensteins ermögliche es, diverse bis anhin hängige Projekte anzupacken. Dabei handle es sich einerseits um private Baubewilligungen, teilt auf Anfrage Gemeindeglied Benno Felder mit. Andererseits geht es um Projekte der Gemeinde, zum Beispiel den Bebauungsplan Zentrum. Zudem werde die Gemeinde mittelfristig eine Teilzonenplanrevision anpacken müssen, um das Bau- und Zonenreglement wieder dem bereits revidierten Planungs- und Baugesetz anzupassen. Neu wird zum Beispiel die Ausnutzungsziffer durch die Überbauungsziffer ersetzt, und es müssen Gewässer-schutzräume ausgeschieden werden. Nach wie vor noch hängig seien die Beschwerden von drei Telekommunikations-Anbietern bezüglich des Bau- und Zonenreglementsartikels über die Zulässigkeit von Mobilfunk-Antennen. Gemäss Benno Felder wird der Regierungsrat darüber separat befinden. «Wir gehen davon aus, dass der Entscheid in den nächsten Wochen gefällt wird», so Felder.

KANTON LUZERN

Parolen der FDP-Frauen

KANTON LUZERN Der Vorstand der FDP Frauen Kanton Luzern hat für die kommenden Abstimmungen die folgenden Abstimmungsparolen gefasst. Bundesbeschluss Ernährungssicherheit: Ja. Bundesbeschluss Zusatzfinanzierung AHV durch Erhöhung der Mehrwertsteuer: Nein. Bundesgesetz über die Reform der Altersvorsorge 2020: Nein. Kantonale Abstimmungs-vorlage vom 24. September, Volksinitiative «Eine Fremdsprache auf der Primarstufe»: Nein.

Ja zu sicheren Renten

KANTON LUZERN In einer Ur-Abstimmung sagten 95 Prozent der Mitglieder der SP Kanton Luzern gemäss einer Mitteilung Ja zu sicheren Renten. Die Delegierten der SP Kanton Luzern entschieden an ihrer Delegiertenversammlung in Sempach einstimmig diesem Entscheid zu folgen. Sie fassten die doppelte Ja-Parole zu den Renten-Abstimmungen. Kantonsrat Marcel Budmiger (SP, Stadt Luzern) informierte die Delegierten über die Renten-Abstimmungen vom 24. September. «Die Reform ist ein guter Kompromiss, von dem alle Arbeitnehmer, auch die Frauen und die Jungen, profitieren», argumentierte Budmiger. Nur mit einem Ja zu beiden Vorlagen sei die Altersvorsorge für die Zukunft gesichert. Nach einem Kurzreferat von Kantonsrat Hasan Candan (SP, Stadt Luzern) fassten die Delegierten mit 31 zu einer Stimme bei einer Enthaltung die Ja-Parole zum Bundesbeschluss über die Ernährungssicherheit. Die Nein-Parole zur Fremdsprachen-Initiative hatten die Delegierten bereits an ihrer Versammlung vom 8. Mai gefasst.

«Bildungspolitisch quer in der Landschaft»

KANTON LUZERN Die Fremdsprachen-Initiative löst hohe Kosten aus und führt Luzern ins bildungspolitische Abseits. Das sagen CVP, FDP, GLP, GP und SP, die sich im Nein-Komitee formiert haben.

Am 24. September entscheidet das Luzerner Stimmvolk über eine Initiative von Lehrerverband und SVP, die fordert, dass an der Primarschule nur noch eine Fremdsprache unterrichtet wird. Dagegen hat sich breiter Widerstand formiert. Am Montag stellten die Fraktionschefs von CVP, FDP, GLP, GP und SP in Luzern ihre Argumente für ein Nein zur Initiative vor. «Gute Fremdsprachenkenntnisse sind in einer zunehmend globalisierten Arbeitswelt ein Muss», sagte Andreas Moser von der FDP. Das gelte sowohl für die Weltsprache Englisch als auch für die Landessprache Französisch. Deshalb seien auch viele Wirtschaftsvertreter im überparteilichen Nein-Komitee. Bei Annahme der Initiative würde das bei den Primarschülern sehr beliebte Fach Englisch komplett in die Oberstufe verlegt, befürchtet Ludwig Peyer (CVP). «Dies weil die Abschaffung des Frühfranzösisch aus staatspolitischen Gründen ein Tabu ist. Das bestätigen im Übrigen auch Bund und Kanton.» Um für das neue Sprachfach Platz zu machen, müssten an der Sekundarschule mindestens zwei Stunden in den mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächern gestrichen werden. «Das käme bei den Lehrbetrieben garantiert schlecht an», ist Peyer überzeugt.

Keine Sprachinsel

Für Ylfete Fanaj (SP) sprechen vor allem lernpsychologische Erkenntnisse gegen die Initiative. «Je früher man mit dem Erwerb einer Fremdsprache



(v.l.) Ludwig Peyer (CVP), Ylfete Fanaj (SP) und Andreas Moser (FDP). Foto api

beginnt, desto nachhaltiger ist der Erfolg. Das ist wissenschaftlich belegt.» Auf der Primarstufe könne man die Spontaneität und Neugier der Kinder nutzen, damit sie langfristig gesehen zu einer möglichst hohen Kompetenz kommen. «Und wenn der Beginn des Erwerbs der zweiten Fremdsprache nicht zu weit weg ist, können die Kinder auf dem Gelernten aufbauen.» Eine Annahme der Initiative würde Luzern ins bildungspolitische Abseits führen, moniert Monique Frey (GP). «In praktisch allen anderen Kantonen werden an der Primarschule zwei Fremdsprachen unterrichtet. Luzern würde zu einer Sprachinsel und die Lernenden bei einem Wohnortwechsel benachteiligt.»

Hohe Mehrkosten

Zum Schluss weist Michèle Graber (GLP) darauf hin, dass die Umsetzung

der Initiative hohe Mehrkosten nach sich ziehen würde: «Wird eine Fremdsprache auf die Oberstufe verlegt, müssten neue Lehrpläne ausgearbeitet, neue Lehrmittel entwickelt und die Lehrpersonen für den neuen Unterricht qualifiziert werden. Das würde Kosten von bis zu 9 Millionen Franken verursachen.» Ganz zu schweigen davon, dass die 12 Millionen, die der Kanton bereits für die Einführung des Modells 3/5 investiert hatte, zunichtegemacht würden. Graber: «Das scheint mir in der aktuell sehr angespannten Finanzlage des Kantons unverantwortlich.» Kurz: Frühes Fremdsprachen-Lernen nützt und macht den Kindern Spass. Die Fremdsprachen-Initiative löst hohe Kosten aus und führt Luzern ins bildungspolitische Abseits. Deshalb sagen Regierung, Parlament und 5 von 6 Parteien im Kantonsrat klar Nein zur Fremdsprachen-Initiative.

Üsi Region.

De Seetaler bringt's.
www.seetalerbote.ch